

Kleine Anfrage

des Abgeordneten Christian Baldauf (CDU)

und

Antwort

des Ministeriums für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie

Hospizversorgung für den Rhein-Pfalz-Kreis

Die **Kleine Anfrage 3261** vom 1. April 2015 hat folgenden Wortlaut:

Unabhängig von Einstellungen zu Formen der Sterbehilfe gibt es eine breite Unterstützung für den Ausbau der Hospiz- und Palliativversorgung. Der damit verbundene politische Auftrag richtet sich auch an das Land Rheinland-Pfalz. Schwerkranke und sterbende Menschen müssen in der letzten Phase ihres Lebens bestmöglich versorgt, gepflegt und betreut werden. Sie bedürfen menschlicher Begleitung und Zuwendung.

Ich frage die Landesregierung:

1. Welche Versorgungskapazität besteht im Rhein-Pfalz-Kreis durch Hospizdienste und Hospizeinrichtungen welcher Art?
2. Inwieweit entsprechen ihre Zahl, ihre Förderung und ihre Versorgungskapazität dem Bedarf?
3. Welche Probleme und Defizite bestehen?
4. Wie viele Hospizplätze (Betten) müsste es für den Rhein-Pfalz-Kreis gemessen an der Einwohnerzahl im Sinne einer wohnort-nahen Versorgung geben?
5. Wie wird sich die Bedeutung der Hospizversorgung in Zukunft entwickeln, welcher Handlungsbedarf besteht für den Rhein-Pfalz-Kreis?

Das **Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie** hat die Kleine Anfrage namens der Landesregierung mit Schreiben vom 13. April 2015 wie folgt beantwortet:

Zu 1.:

Der Rhein-Pfalz-Kreis verfügt über einen ambulanten Hospizdienst, den AHPB Schifferstadt.

Zu 2. und 3.:

Die ambulante Hospizarbeit ist im Rhein-Pfalz-Kreis flächendeckend vorhanden. Dem Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie liegen keine Hinweise vor, dass weitere ambulante Hospizdienste gegründet werden müssen.

Zu 4.:

Derzeit geht man von 20 Hospizbetten pro 1 Million Einwohnerinnen und Einwohner aus. Gemessen an der Einwohnerzahl von 80 673 (Stand 31. Dezember 2013, Quelle: Statistisches Landesamt) ergibt sich für den Rhein-Pfalz-Kreis ein Bedarf von drei Hospizbetten, der durch das Angebot des stationären Hospizes in der Stadt Ludwigshafen abgedeckt wird.

Zu 5.:

Aufgrund der steigenden Lebenserwartungen und der Zunahme onkologischer Erkrankungen kann von einem steigenden Bedarf an Palliativversorgung ausgegangen werden. Die vorhandenen Angebote in Aus-, Weiter- und Fortbildung müssen dieser Entwicklung Rechnung tragen.

In Vertretung:
David Langner
Staatssekretär